

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen

Gliederung

- § 1 Art und Umfang der Leistung
- § 2 Vergütung des Auftragnehmers
- § 3 Ausführungsunterlagen
- § 4 Weitervergabe und Planungsablauf
- § 5 Terminplanung und Ausführungsfristen
- § 6 Kündigung durch den Auftraggeber
- § 7 Kündigung durch den Auftragnehmer
- § 8 Außervertragliche Haftung des Auftragnehmers
- § 9 Außervertragliche Schadensersatzpflicht der Parteien
- § 10 Abnahme
- § 11 Nacherfüllungspflicht des Auftragnehmers
- § 12 Verjährung von Nacherfüllungs- und Schadensersatzansprüchen
- § 13 Auskunft-, Vorlage- und Herausgabepflicht
- § 14 Abrechnung, Zahlungspflicht des Auftragnehmers
- § 15 Berufshaftpflicht des Auftragnehmers
- § 16 Urheberrecht des Auftragnehmers
- § 17 Vollmacht des Auftragnehmers
- § 18 Arbeitsgemeinschaften
- § 19 Verfahren bei Auseinandersetzungen
- § 20 Rechtsgeltung, Vertragsänderungen, Auslegungsregel

§ 1 Art und Umfang der Leistungen

§ 1.1 Kooperationspflicht der Parteien; Koordinierungspflicht des Auftragnehmers (AN)

- § 1.1.1 Im Rahmen der übernommenen Leistungsverpflichtungen ist der AN verpflichtet, die vom Auftraggeber (AG) vorgegebenen Planungsziele zu beachten. Das vom AN geschuldete Leistungsergebnis wird mit fortschreitender Planung konkretisiert und im Projektverlauf zunehmend von den zwischen den Parteien abgestimmten und vom AG gebilligten Planungsergebnissen bestimmt.
- § 1.1.2 Dem AN gegenüber ist nur der Bereich Kapitalanlagen – BVK als Vertreter des AGs weisungsbefugt.
- § 1.1.3 Als Sachwalter seines AGs darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen Dritter vertreten.
- § 1.1.4 Der AG ist vor wichtigen Koordinierungsgesprächen so frühzeitig zu verständigen, dass ihm die Teilnahme an den Gesprächen möglich ist, spätestens aber eine Woche vorher. Über diese Koordinierungsgespräche hat der AN ein Protokoll anzufertigen und es den Beteiligten zu übersenden.
- § 1.1.5 Auf Anregung des ANs hat der AG die erforderlichen Fachplaner zu beauftragen. Auf das Interesse des ANs an reibungsloser Zusammenarbeit ist Rücksicht zu nehmen. Der AN berät und unterstützt den AG bei der Entscheidung, welche fachlich Beteiligten für die Durchführung der Baumaßnahme erforderlich sind sowie bei der Auswahl und/oder Beauftragung der fachlich Beteiligten. Werden weitere Leistungen von Fachplanern notwendig, hat der AN den AG rechtzeitig darauf hinzuweisen.
- § 1.1.6 Der AN hat alle Fachplanungen so zu koordinieren, dass sie sich in die geschuldete Objektplanung einfügen. Er hat insbes. Terminpläne aufzustellen, die eine abgestimmte, rechtzeitige Gesamtleistung sicherstellen. Auf die Bedingungen der Fachplanungen hat der AN auch bei seiner Leistung Rücksicht zu nehmen.
- § 1.1.7 Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere an der Planung und/oder Objekt- (Bau-)Überwachung fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Fristen und Termine.
- § 1.1.8 Der AN schuldet ständige Information und Zusammenarbeit mit allen fachlich Beteiligten. Wenn während der Planung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AGs, vertreten durch den Bereich Kapitalanlagen – BVK herbeizuführen.
- § 1.1.9 Der AG hat seine Bauabsichten nach Planungs- und Baufortschritt näher zu bestimmen und sie dem AN möglichst frühzeitig mitzuteilen. Der AN hat diese Vorgaben zu beachten, den AG hinsichtlich seiner baulichen Vorstellungen zu beraten und Durchführungsvorschläge auf der Grundlage des jeweils erreichten Planungsstandes zu unterbreiten. Die Verantwortlichkeit des AN für seine Leistungen bleibt jedoch unberührt.
- § 1.1.10 Der AG hat den Baufortschritt in jeder Phase der Vertragsabwicklung durch zügige Entscheidungen zu unterstützen.
- § 1.1.11 Gibt der AG die Planungsergebnisse des ANs für die weitere Projektbearbeitung frei („Billigung“), so ist der AN verpflichtet, seine weiterführenden Leistungen darauf aufzubauen. Der AN bleibt für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner gesamten Planung

allein verantwortlich. Alle AG- seitigen Freigaben, Bestätigungen und andere derartige Erklärungen entlasten den AN nicht. Der AN ist zur Änderung von mit dem AG abgestimmten Plänen nur mit schriftlicher Zustimmung des AG befugt.

- § 1.1.12 Der AG führt Verhandlungen mit Behörden unter Beteiligung des ANs. Sofern der AN ohne Beteiligung des AGs Verhandlungen mit Behörden führt, ist der AG vom AN rechtzeitig vorher über einen bevorstehenden Termin zu unterrichten und dem AG ist Gelegenheit zu geben, an dem Termin teilzunehmen. Falls der AG nicht teilnimmt, ist der AN verpflichtet, dem AG unverzüglich, spätestens binnen Wochenfrist durch Übersendung eines schriftlichen Protokolls von dem Besprechungsergebnis zu unterrichten.
Der AN hat den Schriftwechsel und Verhandlungen mit Unternehmen, Behörden und Dritten im Benehmen mit dem AG zu führen und ihm von allen wesentlichen Schreiben unverzüglich Kopien zuzuleiten.

§ 1.2 Leistungsänderungen

- § 1.2.1 Der AG ist jederzeit (auch nach Abschluss einer bereits fertig gestellten Leistungsphase) berechtigt, die Anforderungen, Vorgaben und Zielvorstellungen an das Objekt zu ergänzen, zu optimieren, zu ändern, neu zu definieren oder zu erweitern. Dies gilt insbesondere für weitere, erst im Laufe des Planungsprozesses oder nach Beendigung bestimmter Leistungsabschnitte / Leistungsphasen erkennbare oder erkannte Anforderungen, Planungswünsche und Beschaffenheitsmerkmale an das Planungsobjekt, die zu ergänzenden, geänderten oder neuen oder erweiterten Zielvorstellungen führen.

- § 1.2.2 Der AN ist verpflichtet, Ergänzungen, Optimierungen, Änderungen, Neuerungen oder Erweiterungen gemäß § 1.2.1 zu beachten, in seine Planung einzuarbeiten und der Vertragserfüllung zugrunde zu legen. Ergänzungen, Optimierungen, Überarbeitungen oder Änderungen, die Planungsvarianten beinhalten, hat der AN von sich aus zu prüfen, zu erarbeiten und nach Abstimmung mit dem AG in die bestehende Planung zu integrieren. Dies gilt auch für behördliche oder sonstige Auflagen.

- § 1.2.3 Der AN ist über § 1.2.1 hinaus auf Anordnung des AGs verpflichtet, weitere Zusatzleistungen (Erweiterungen, Mehrfach- bzw. Wiederholungsleistungen etc.) oder Änderungsleistungen zu übernehmen und auszuführen, es sei denn, die Leistungen stehen nicht im Zusammenhang mit den bisher beauftragten Leistungen und der AN ist hierfür nicht qualifiziert. In diesem Fall bedarf die Übernahme der zusätzlichen Leistung der Zustimmung des ANs.

- § 1.2.4 Keine Leistungsänderungen sind

- solche Leistungen, die für die vertragsgegenständliche Baumaßnahme zur Erzielung des vom AN geschuldeten Erfolgs erforderlich sind oder werden. Solche Leistungen sind bereits vertraglich geschuldet, auch wenn sie nicht ausdrücklich in der Leistungsbeschreibung enthalten sind.

Dies gilt auch für sämtliche, aus der Natur des Planungsprozesses resultierende Änderungen, Optimierungen, Fortschreibungen oder Ergänzungen. Das Gleiche gilt für Änderungen in der Ausführungsphase, sofern dadurch nicht in die grundsätzliche bisherige Zielrichtung der Planung in konstruktiver Hinsicht nachhaltig eingegriffen wird oder bereits feststehende und vom AG freigegebene Detailplanungen wesentlich verändert werden und überarbeitet werden müssen.

- mehrfache Überarbeitungen von zunächst erstellten Ausführungszeichnungen, sofern sie zur Integration der Fachplanungen oder der Planungen der ausführenden Unternehmer oder als Arbeitsgrundlage für diese erforderlich sind.
- solche Leistungen, die der AN im Rahmen der Leistungsphase 2 (Vorplanung) für die Untersuchung von mehreren Lösungsmöglichkeiten nach gleichen Anforderungen erbringt.

Diese Leistungen sind mit dem Grundhonorar abgegolten.

§ 1.3 Einzuhaltende Vorschriften, Bedenkenanmeldung

- § 1.3.1 Der AN hat die Vorgaben der Genehmigungsbehörden zu berücksichtigen und in Abstimmung mit dem AG in die Planung zu übernehmen. Werden dadurch Änderungen der vom AG freigegeben Planungsergebnisse erforderlich, wird der AG an deren Umsetzung mitwirken.
- § 1.3.2 Der AN überprüft im Rahmen seiner Beauftragung die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes sowie des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit durch die ausführenden Bauunternehmen. Der AN ist verpflichtet, ihm bekannt gewordene Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie Verstöße gegen die nicht ordnungsgemäß erfolgte Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Beiträgen zur Berufsgenossenschaft durch die ausführenden Bauunternehmen unverzüglich dem AG zu melden.
- § 1.3.3 Die zu erbringende Planung sowie das zu errichtende Bauwerk müssen dem Bauordnungs- und Bauplanungsrecht, also insbesondere der Baugenehmigung mit allen Nebenbestimmungen, dem Bebauungsplan, der geltenden Baunutzungsverordnung oder sonstigen überörtlichen und örtlichen Richtlinien entsprechen.
- § 1.3.4 Die Leistungen müssen dem allgemeinen Stand der Technik, den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch im Hinblick auf die Folgekosten und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Unfallverhütungsvorschriften und die sicherheitstechnischen Regelungen sind einzuhalten. Den Belangen des Umweltschutzes ist gebührend Rechnung zu tragen.
- § 1.3.5 Der AN hat dem AG etwaige Bedenken gegen die von ihm bei seiner Leistungserbringung zugrunde zu legenden Anordnungen, Vorgaben und Zielvorstellungen unverzüglich schriftlich mitzuteilen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
- § 1.3.6 Der AN hat den AG unverzüglich von auftretenden Problemstellungen sowie Umständen und Tatsachen, die für die Beurteilung der Projektentwicklung wesentlich sind oder sein können, zu unterrichten. Der AN informiert den AG ferner rechtzeitig über erforderlich werdende Entscheidungen des AG, damit eine ausreichende Entscheidungsvorbereitung ermöglicht wird. Der AN hat den AG in jeder Phase der Zusammenarbeit rechtzeitig schriftlich auf voraussichtliche Abweichungen bei Qualitäten und in Terminen hinzuweisen und Lösungsvorschläge zur Einhaltung der vom AG vorgegebenen Qualitäten und Termine zu unterbreiten. Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Rahmen für Projektkosten (einschl. Baunebenkosten) nicht ausreicht, so hat der AN den AG unverzüglich schriftlich über die voraussichtlichen Mehrkosten und deren Gründe hinzuweisen und mögliche Einsparungen aufzuzeigen.

§ 1.4 Ausführungsplanung

Die für die Baudurchführung erforderliche Ausführungsplanung hat der AN so rechtzeitig zu erstellen, dass der mit den ausführenden Firmen abgestimmte Bauablauf nicht behindert wird.

§ 1.5 Vergabemitwirkung

§ 1.5.1 Der AG übergibt dem AN die vertraglichen Unterlagen, nach denen die Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen und sonstigen Leistungen für das Bauvorhaben zu erfolgen hat.

§ 1.5.2 Der AN informiert den AG rechtzeitig über die zu vergebenden Leistungen. Alle Pläne sind vor der Baufreigabe, alle für Ausschreibungen anzufertigenden Leistungsbeschreibungen vor ihrer Vervielfältigung dem AG vorzulegen. Dies muss so frühzeitig geschehen, dass auch Änderungswünsche des AG ohne Terminnot vor der Vergabe eingearbeitet werden können.

§ 1.5.3 Hält der AN bei der Vergabevorbereitung wegen besonderer Problemlagen zusätzlichen fachlichen Rat (insbes. Rechtsrat) für notwendig, wird ihm der AG auf entsprechende Aufforderung des ANs die notwendige Unterstützung geben, ggf. einen entsprechenden Fachmann zur Seite stellen.

§ 1.5.4 Im Übrigen hat der AN den AG bei der Vergabe von Bau- und Lieferleistungen in fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten. Im Interesse des Vertragszieles wird der AG für die Bauausführung möglichst geeignete Unternehmen beauftragen.

§ 1.5.5 Soweit beauftragt, hat der AN in der Leistungsphase 7 insbesondere zu beachten:

- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – VOB/B in der jeweils geltenden Fassung;
- die Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) – VOL/B in der jeweils geltenden Fassung;
- die Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung (Korruptionsbekämpfungsrichtlinie – KorruR) (Bek. Der Bayerischen Staatsregierung vom 13. April 2004) und deren Nachfolgeregelung, die neben dem AN auch vom AG u. a. auch bei der Vergabe von Planungsleistungen berücksichtigt werden muss. Der AN muss seine Beiträge und Leistungen entsprechend erbringen. Ausführende Firmen sind auf diesen Erlass hinzuweisen. Abzuschließende Verträge sind entsprechend diesem Erlass zu gestalten.

§ 1.6 Objektüberwachung

§ 1.6.1 Mit der Objektüberwachung ist der AN verpflichtet, die Ausführung der Leistungen der beauftragten Unternehmen auf ihre Pflichtgemäßheit zu überwachen. Er ist berechtigt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- oder Lieferleistungen notwendig sind.

§ 1.6.2 Der AN ist verpflichtet, seine Überwachungstätigkeit so einzurichten, dass eine Kontrolle der auszuführenden Arbeiten insbesondere bei generell schadensgeneigten Bauleistungen und bei solchen Arbeiten gewährleistet ist, deren Ergebnisse durch die nachfolgende Bautätigkeit nicht mehr ohne weiteres zugänglich sind. Die Anzahl der

Baustellenkontrollen, der Einsatz von Bauüberwachungspersonal und deren Qualifikation hat der AN am Schwierigkeitsgrad der gestellten Bauaufgabe auszurichten.

- § 1.6.3 Der AN hat ein Bautagebuch zu führen. In dem Bautagebuch ist der Baufortschritt so zu dokumentieren, dass die für die Erstellung eines Bauwerks wesentlichen Arbeitsabläufe nach Fertigstellung des Bauvorhabens nachvollzogen werden können. Das Tagebuch ist dem AG auf Anfordern zur Einsicht vorzulegen.
Außerdem ist der AN zur Organisation und Teilnahme an 2-wöchentlichen Jour-fixes mit allen an der Planung und Ausführung Beteiligten verpflichtet. Er hat den AG vorab unter Angabe des Themenkatalogs zu informieren, um diesem die Teilnahme zu ermöglichen. Anschließend hat er Besprechungsprotokolle und Statusberichte anzufertigen sowie die Fragen und Lösungen zum Eintrag in das Bautagebuch zu dokumentieren. Die Statusberichte enthalten Angaben über eventuelle Änderungen der beauftragten Mengen, abweichende Kosten und Ausführungen gegenüber den ausgeschriebenen und veranschlagten Mengen und Kosten.
- § 1.6.4 Der AN veranlasst sämtliche Maßnahmen, die für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle und für das Zusammenwirken der vom AG beauftragten ausführenden Unternehmen zweckdienlich sind. Der AN hat darauf zu achten, dass die öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für die Durchführung des Bauvorhabens rechtzeitig beschafft werden, soweit nicht gem. Absprache oder Verkehrssitte andere Beteiligte dafür zuständig sind.
- § 1.6.5 Sind die vom AN für die Objektüberwachung eingesetzten Mitarbeiter den Anforderungen nicht gewachsen und ist das Vertragsziel deshalb gefährdet, so kann der AG nach Abmahnung vom AN verlangen, das als unzulänglich erkannte Personal durch geeignete Leute zu ersetzen.
- § 1.6.6 Der AN ist auf Verlangen des AGs zur Mitwirkung an Abnahmen verpflichtet; er hat den AG dabei zu beraten. Förmliche Abnahmen hat der AN vorzubereiten, insbes. zum Verhandlungstermin (vgl. § 12 Abs. 4 VOB/B) die Beteiligten zu laden. Über die Ergebnisse der Abnahmen erstellt der AN schriftliche technische Abnahmeprotokolle und versendet sie an alle Beteiligten. Die Erklärung der rechtsgeschäftlichen Abnahme obliegt dem AG. Der AN hat dabei die vom AG vorgegebenen Formulare zu verwenden.
- § 1.6.7 Mit Abschluss der Objektplanung hat der AN die von ihm geschuldeten Dokumentationen (z. B. Bautagebuch, Liste der Gewährleistungsfristen, Betriebsanleitungen etc.) zusammenzustellen bzw. die beteiligten Unternehmen dazu zu veranlassen und dem AG zum Eigentum zu übertragen.
- § 1.6.8 Der AN ist verpflichtet, für den Fall der Beauftragung mit bauleitenden Aufgaben von Baubeginn bis zur Abnahme des Bauwerkes/der baulichen Anlagen eine ausreichend besetzte Bauleitung zu organisieren und aufrecht zu erhalten.
Die Bauleitung ist mit einem in Vergabe, Objektüberwachung, Qualitätskontrolle, Abnahme und Rechnungsprüfung erfahrenen Architekten/Ingenieur zu besetzen. Er ist dem AG namentlich anzugeben, ebenso jeder personelle Wechsel in der Verantwortlichkeit. Die Leistungsphase Objektüberwachung wird vom Büro des AN (nicht freien Mitarbeiter) erbracht, muss der Vertrauensstellung in technisch und wirtschaftlicher Sicht personell entsprechen und die Organisationspflichten in ihrer entscheidenden Bedeutung wahrnehmen.
- § 1.6.9 Übernimmt der AN auch Maßnahmen zur Vorbereitung und Ausführung des Bauvorhabens nach den Anforderungen der Baustellenverordnung, kann er verlangen, dass seine Rechte und Pflichten sowie die Vergütung für diese Leistung vor Übernahme dieser Aufgaben schriftlich geregelt werden.

§ 1.7 Objektbetreuung und –dokumentation

Nach Abschluss der Objektüberwachung hat der AN im vertraglich vereinbarten Umfang die Leistungen der Objektbetreuung und -dokumentation zu erbringen.

§ 1.8 Kostenermittlung und Kostenkontrolle

§ 1.8.1 Im Rahmen der vertraglich übernommenen Leistungsverpflichtung ist der AN zur Kostenermittlung nach DIN 276-2018-12 sowie zur Kostenkontrolle durch Vergleich der im jeweiligen Planungsstadium ermittelten Kosten mit den vom AG gebilligten, gegebenenfalls im Einvernehmen fortgeschriebenen, Kosten verpflichtet. Zur Kostenermittlung bzw. Kostenkontrolle gehört im Zweifel auch die Zusammenstellung und Koordination der nicht zum Leistungsbereich des ANs gehörenden Fachbeiträge. Werden Kostensteigerungen gegenüber den vom AG gebilligten Kosten erkennbar, so ist der AN verpflichtet, den AG hierüber unverzüglich zu informieren und Vorschläge zur Kostenersparung zu unterbreiten.

§ 1.8.2 Ist ein Baubudget vereinbart, so hat der AN dieses Budget bei Erfüllung der übernommenen Leistung zu beachten. Das Budget ist anzupassen, wenn die vom AG in Kenntnis der damit verbundenen Kosten freigegebene Planung dies erforderlich macht oder wenn nach erfolgter Planfreigabe mit Zustimmung des AGs Planänderungen erfolgen, die zu einem höheren Kostenaufwand führen.

§ 1.8.3 Ist eine verbindliche Kostenobergrenze vereinbart, so hat der AN seine Leistungen so zu erbringen, dass die Kostenobergrenze unter Wahrung der übrigen Projektziele nicht überschritten wird. Wird erkennbar, dass dies mit der bisherigen Planung oder dem bisher vorgesehenen Bauablauf nicht erreicht werden kann, so ist der AN zur Überarbeitung und Anpassung der Planung in Abstimmung mit dem AG verpflichtet. § 1.8.2 S. 2 gilt entsprechend. Er hat den AG über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen.

Kommt der AN der Verpflichtung zur Beachtung der Kostenobergrenze nicht nach und überschreiten deshalb die tatsächlichen Baukosten die verbindliche Kostenobergrenze, so bleiben die Mehrkosten bei der Ermittlung des Honorars des ANs unberücksichtigt. Etwaige Ansprüche des AGs aus einer Mängelhaftung oder Schadensersatzpflicht des ANs (§§ 280 ff. BGB; §§ 634 ff. BGB) bleiben unberührt.

§ 1.9 Der AN hat Entscheidungen des AG über mögliche Kündigungen von bauausführenden Unternehmen sowie diese Kündigungen selbst technisch und rechtlich vorzubereiten. Rechtsgeschäftliche Erklärungen in diesem Zusammenhang darf der AN nicht abgeben. Der AN hat alle Leistungen zu erbringen, die im Hinblick auf die vorzeitige Beendigung des gekündigten Bauvertrages erforderlich sind (wie insbesondere Leistungsstandsfeststellungen, Rechnungsprüfungen). Der AN hat ferner die Ersatzvorhaben vorzubereiten, deren Vergabe mitzuwirken sowie die Leistungserbringung des durch das mit der Ersatzvornahme beauftragte Unternehmen zu überwachen sowie alle erforderlichen weiteren Leistungen im Rahmen der Abrechnung des gekündigten und des mit der Ersatzvornahme beauftragten Unternehmens zu erbringen.

§ 1.10 Der AN hat den AG bei vorgerichtlichen und gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Dritten in zumutbarem Rahmen kostenlos zu unterstützen. Diese Verpflichtung gilt auch nach Fertigstellung der Baumaßnahme.

§ 2 **Vergütung des Auftragnehmers**

§ 2.1 Leistungsänderungen

- § 2.1.1 Für Leistungsänderungen, d. h. einen nach Vertragsschluss auf Veranlassung des AG oder zwischen den Parteien einvernehmlich erweiterten, verminderten oder sonst wie geänderten Leistungsumfang mit der Folge von Änderungen der anrechenbaren Kosten, Werten oder Verrechnungseinheiten gilt § 10 Abs. 1 HOAI nach Maßgabe der Honorargrundlagen und der Bestimmungen dieses Vertrages.
- § 2.1.2 Führen Leistungsänderungen zu einer Erhöhung von honorarwirksamen anrechenbaren Kosten, Werten oder Verrechnungseinheiten, kann der AN gemäß § 10 Abs. 1 HOAI eine Anpassung des Honorars durch Vereinbarung in Textform verlangen, es sei denn
- der Bedarf nach der geänderten Leistung ist vom AN zu vertreten.
 - es handelt sich lediglich um notwendige Überarbeitungen der Unterlagen oder eine solche Änderung, die auf nur unwesentlich veränderten Anforderungen beruhen oder keinen wesentlichen Zeitaufwand verursachen.
- § 2.1.3 Beansprucht der AN für die Ausführung einer geänderten Leistung ein höheres Honorar, hat er den AG vor Ausführung der geänderten Leistung schriftlich darauf hinzuweisen. Mit der Mitteilung ist zu begründen, warum diese Leistungen nicht im vereinbarten Leistungsumfang enthalten sind. Gleichzeitig wird der AN mit der Mitteilung auf terminliche Auswirkungen für das Projekt oder die Maßnahme hinweisen. Die Parteien werden vor Ausführung der geänderten Leistung eine entsprechende schriftliche Honorarvereinbarung treffen.
- § 2.1.4 Leistungen, die der AN ohne vertragliche Verpflichtung erbringt, werden nicht vergütet. Soweit nichts anderes vereinbart ist, kann er eine Honoraranpassung jedoch dann verlangen, wenn der AG die Leistungen nachträglich anerkennt. Eventuelle weitergehende gesetzliche Ansprüche des AN bleiben unberührt.

§ 2.2 Besondere Leistungen, Bauzeitverlängerung

- § 2.2.1 Verlangt der AG bei oder nach Vertragsschluss vom AN Besondere Leistungen, die im vertraglich vereinbarten Leistungsumfang nicht enthalten sind, gilt § 2.1.3 entsprechend.
- § 2.2.2 Verlängert sich die vertraglich zugrunde gelegte Planungs- und Bauzeit wesentlich durch Umstände, die der AN nicht zu vertreten hat, so besteht ein Anspruch des ANs auf ein zusätzliches Honorar in Höhe des nachgewiesenen Mehraufwands nur, wenn dies vorher schriftlich vereinbart wurde. Eine Überschreitung bis zu 20 v.H. des festgelegten Zeitraumes, mindestens vier Monate, maximal jedoch 6 Monate, ist durch das Honorar in jedem Falle abgegolten. Der Anspruch auf Ersatz der entstandenen Mehraufwendungen ist unverzüglich, spätestens innerhalb einer Frist von 3 Monaten ab seinem Entstehen beim AG anzumelden. Unterlässt der AN die Anmeldung, so entfällt der Anspruch auf Vergütung der Mehraufwendungen.
- § 2.2.3 Eine Planungs- oder Bauzeitüberschreitung, die nach den Bedingungen der Bauaufgabe erwartet werden konnte, bleibt für erhöhte Vergütungsansprüche und zusätzlichen Aufwandsersatz außer Betracht.
- § 2.2.4 Hat eine der Parteien die Planungs- oder Bauzeitverzögerung zu vertreten, bleiben Schadensersatzansprüche unberührt.

§ 2.3 Nebenkosten, Gesonderte Aufwendungen

- § 2.3.1 Die im Rahmen der Projektbearbeitung entstehenden Nebenkosten umfassen sämtliche Nebenkosten lt. § 14 HOAI, insbesondere Telefonkosten, Kopien, auch Plankopien, die Kosten für Reisen zum AG nach München oder zur Baustelle, Computerausdrucke, Protokolle, auf den AN entfallende Gebühren, Mieten, Lichtpausen, Mutterpausen, Arbeiten am/vom PC, sofern erforderlich auch 3D-farbig sowie Kosten des Transportes von Plänen oder sonstigen Unterlagen zur Baustelle und/oder zum AG.
Der AN trägt von den Kosten des Baubüros ausschließlich Telefon, Telefax und die Reinigungskosten, alle weiteren Kosten für das Baubüro trägt der AG. Die Nebenkosten sind, soweit keine ausdrückliche abweichende Vereinbarung getroffen wurde, in der Gesamtnettovergütung nach diesem Vertrag pauschaliert. Weitere Nebenkosten fallen nicht an. Auch Reisezeiten sind damit abgegolten, insbesondere fällt für diese Reisezeiten kein Zeithonorar an.
- § 2.3.2 Gesonderte Auslagen, Aufwendungen oder Kosten für etwaigen Maschineneinsatz, den Einsatz von CAD-Anlagen oder ähnlichen Rechenanlagen und internetbasierte Rechnerleistungen, werden nicht vergütet, auch wenn diese Leistungen an Dritte untervergeben werden.

§ 3 **Ausführungsunterlagen**

§ 3.1 Beschaffungspflicht, Prüfpflicht

- § 3.1.1 Der AG wird dem AN unentgeltlich alle zur Vertragserfüllung notwendigen Auskünfte erteilen und Unterlagen bereitstellen. Verfügt der AG über diese Informationen nicht, wirkt er ggf. mit dem AN zu ihrer Beschaffung zusammen.
- § 3.1.2 Erhält der AN Unterlagen oder Auskünfte vom AG, so hat er sie im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen. Sind die beigestellten Unterlagen unvollständig oder weisen sie Mängel auf, so hat der AN den AG hierauf frühzeitig und möglichst schriftlich hinzuweisen.

§ 3.2 Datenträger

- § 3.2.1 Werden dem AN die Informationen auf Datenträgern übermittelt, so ist er berechtigt, sich hiervon Kopien zu erstellen, um diese als Arbeitsgrundlage zu verwenden.
- § 3.2.2 Eine Weitergabe der vom AG gestellten Unterlagen und Daten ist dem AN ohne Zustimmung des AGs nur gestattet, soweit dies zur Erreichung des Vertragszieles erforderlich ist.

§ 3.3 Herausgabeanspruch des Auftraggebers

Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen – Pläne oder Zeichnungen – sind an den AG als Transparentpausen herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Gleiches gilt für Datenträger, auf denen die Unterlagen/Pläne oder Zeichnungen gespeichert sind/werden sowie für nur elektronisch gespeicherte Inhalte, die nach Wahl elektronisch oder auf Datenträgern zu übermitteln sind. Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben.

§ 3.4 Form der dem Auftraggeber auszuhändigenden Unterlagen

- § 3.4.1 Die vom AN zur Erfüllung der Vertragsaufgabe angefertigten Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen sind dem AG in verwertbarer (insbes. lesbarer, ggf. ausdrückbarer) und dauerhafter Form zu verschaffen. Die Planungsleistungen, die Kostenverfolgung und alle weiteren Datenspeicher- und Datenübertragungsleistungen müssen nach Art und Weise folgenden Anforderungen genügen:
- § 3.4.2 Die von dem AN vorzulegenden Zeichnungen und Beschreibungen sind dem AG in Kopie bzw. pausfertiger Ausführung sowie in vereinbarter EDV-Form zu übergeben. Alle erstellten CAD-Gebäudebestandsdaten sollen in Form von CDs bzw. DVDs für die CAD-Software (Auto-CAD) im dwg- bzw. dxf-Format übergeben werden. Darüber hinaus sind alle Baubestandspläne (M 1:100) 1-fach als Transparentpause (eingefasst) mit Planauflistung und 1-fach als DIN A3 (Übersichtspläne) zu übergeben.
- § 3.4.3 Die EDV-Form von Zeichnungen, Schriftstücken, Kostenplanung, Kostenermittlung nach HOAI und DIN 276 / GIF (MF-G) sowie Kostenkontrolle und Kostensteuerung nach Kostengruppen und m²-Flächen, Baufortschrittsdokumentation, Termin- und Zahlungspläne, Abrechnungen, Rechnungsverwaltung (Honorar- und Baurechnungen) ist vom AN vor Baubeginn in Abstimmung mit dem AG und den Baubeteiligten festzulegen.

§ 3.5 Kein Zurückbehaltungsrecht

Ein Zurückbehaltungsrecht des ANs an den von ihm erstellten Planungs- und Bauunterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Bauvorhabens erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Der AN ist insoweit bis zur Abnahme oder Fertigstellung der beauftragten Leistungen vorleistungspflichtig und überträgt dem AG mit Vertragsabschluss die Befugnis zur Nutzung seiner Pläne und Unterlagen. Etwas anderes gilt bei einer freien Kündigung des AG oder bei einer Kündigung des AN aus Gründen, die der AG zu vertreten hat. In diesen Fällen steht dem AN bis zur Ausgleichung berechtigter und fälliger Honoraransprüche durch den AG ein Zurückbehaltungsrecht an den von ihm erstellten Unterlagen zu. Dieses Zurückbehaltungsrecht erlischt, wenn der AN nicht binnen vier Wochen nach Zugang der Kündigung eine prüfbare Honorarschlussrechnung vorgelegt hat oder wenn der AG eine Sicherheit, insbesondere in Form einer Bankbürgschaft in Höhe des streitigen Betrages leistet.

§ 4 Unterbeauftragung und Weitervergaben durch den AN

§ 4.1 Persönliche Leistungserbringung, Ausnahmen

Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen seines Fachgebietes mit Personen auszuführen, die nach seiner Weisung arbeiten. Die Unterbeauftragung Dritter oder die Weitergabe von Auftragsteilen zur selbständigen Erledigung ist ihm ohne schriftliche Zustimmung des AGs nicht gestattet.

Die Urheberschaft der Leistungen muss eindeutig nachvollziehbar sein. Der AN hat die von ihm gefertigten Unterlagen persönlich zu unterzeichnen. Vergibt der AN in zulässiger Weise Leistungen an einen Dritten, so darf dies nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass der Dritte seine Urheberrechte in der in § 16 geregelten Weise an den AG überträgt. Bei Zuwiderhandlung ist der AG zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 4.2 Einschaltung Dritter

- § 4.2.1 Werden dem AN Leistungen übertragen, die nicht in sein Fachgebiet fallen, so hat er sich mit dem AG über die Einschaltung dritter Personen abzustimmen. Dies gilt ggf. auch für Teilaufgaben aus dem Fachgebiet des ANs, wenn die Einschaltung Dritter einem berechtigten Interesse des ANs entspricht.

- § 4.2.2 Vergibt der AN in zulässiger Weise Leistungen an einen Dritten und entspricht dessen Leistung trotz Abmahnung nicht den im Vertrag mit dem AN gestellten Anforderungen, so kann der AG den Austausch des Dritten verlangen. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht innerhalb angemessener Frist nach, so ist der AG nach seiner Wahl zur Kündigung des Gesamtvertrages mit dem AN oder zur Kündigung des Vertrages hinsichtlich der entsprechenden Leistung (Teilkündigung) aus wichtigem Grunde berechtigt. Die Verantwortlichkeit des ANs für seine Pflichtverletzung bleibt unberührt.
- § 4.2.3 Gewährleistung und Haftung des AN bleiben durch die Einschaltung Dritter grundsätzlich unberührt.

§ 5 Terminplanung und Ausführungsfristen

§ 5.1 Grundsatz

- § 5.1.1 Der AN ist verpflichtet, alle für die sonstige Planung und für die Ausführung der Baumaßnahme erforderlichen Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die zwischen dem AG und den bauausführenden Unternehmen sowie den sonstigen Projektbeteiligten (insbesondere den Fachplanern) vereinbarten Fertigstellungstermine nicht aus Gründen gefährdet oder verzögert werden, die (auch) im Einfluss- oder Verantwortungsbereich des AN liegen. Der AN hat insbesondere die für die Bauausführung erforderliche Ausführungsplanung so rechtzeitig zu erstellen, dass der mit den ausführenden Firmen abgestimmte Bauablauf nicht behindert wird. Ferner sind die zur Vorbereitung der Vergabe notwendigen Details der Ausschreibung einschließlich Planvorgaben so vollständig und rechtzeitig zu erstellen, dass danach möglichst eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen erstellt werden können.
- § 5.1.2 Der AN verpflichtet sich, sein Mitarbeiterteam hinsichtlich der Anzahl der Mitarbeiter und deren fachlichen Qualifikation so zu besetzen und während der Vertragsdurchführung vorzuhalten, dass keine Verzögerungen in Planung, Bauausführung und Bauoberleitung entstehen und insbesondere vereinbarte Fristen und Termine eingehalten werden. Der AN hat erforderliche Ortsbesichtigungen und Baustellenbesuche durchzuführen, bei den Besprechungen anwesend zu sein und nach Aufforderung durch den AG seine Planungsergebnisse vorzustellen.
- § 5.1.3 Der AN hat die nach diesem Vertrag zu erbringenden Pläne, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Unterlagen und Arbeitsergebnisse den ausführenden Unternehmen unter Berücksichtigung der für die Ausführung der jeweiligen Leistung erforderlichen Planvorlaufzeiten zur Verfügung zu stellen.
- § 5.1.4 Von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen hat der AN den AG unverzüglich und schriftlich hinzuweisen und Vorschläge zum Ausgleich dieser Verzögerungen oder zur Abschwächung ihrer Folgen zu unterbreiten.
- § 5.1.5 Eine Verschiebung von Fälligkeitsterminen für Leistungen des AN wird nur dann wirksam, wenn diese vom AG ausdrücklich genehmigt wird oder die Verzögerungsumstände nicht vom AN zu vertreten sind. Hält der AN aus einem von ihm zu vertretenden Grund Vertragstermine trotz Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht ein, so ist der AG zur (Teil-)Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Weitergehende Ansprüche bleiben unberührt.

§ 5.2 Verzug ohne Vertragsfristen

Verzögert der AN eine Leistung, für die keine Vertragsfrist besteht, kann ihm der AG eine angemessene Frist setzen und diese mit der ausdrücklichen Erklärung verbinden,

dass der AN mit Ablauf der Frist in Verzug gerät. Hält der AN diese Frist nicht für angemessen, so hat er ihr unverzüglich zu widersprechen und dem AG den notwendigen Zeitraum mitzuteilen. Verzug tritt ein, wenn die Leistung nach angemessener Frist nicht erbracht ist.

§ 6 Kündigung durch den Auftraggeber

§ 6.1 Grundsatz

Der AG kann den Vertrag jederzeit kündigen (§ 648 BGB), wenn nicht etwas anderes vereinbart ist. Eine Kündigung kann auch auf einzelne, selbständig bewertbare oder verwertbare Teilleistungen oder Leistungsteile beschränkt werden (Teilkündigung).

§ 6.2 Kündigung aus wichtigem Grunde

§ 6.2.1 Der Vertrag kann aus wichtigem Grunde gekündigt werden, insbesondere wenn

§ 6.2.1.1 der AG seine Planungsabsicht oder seine Bauabsicht für die geplante Maßnahme nachhaltig aufgibt;

§ 6.2.1.2 dem AG ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann, weil insbes. nach Vertragsschluss Umstände eingetreten sind, die das Vertrauensverhältnis der Parteien erheblich gestört haben;

§ 6.2.1.3 der AN seine Zahlungen eingestellt hat, das Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt worden oder die Leistungsfähigkeit des ANs aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in seine Möglichkeit zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht.

§ 6.2.1.4 der AN mit seinen Leistungen in Verzug gerät oder sonstige vertragliche Pflichten schuldhaft verletzt und trotz Aufforderung durch den AG und Setzung einer angemessenen Frist nicht Abhilfe schafft. §§ 636, 281, 323 BGB finden entsprechende Anwendung.

§ 6.2.2 Im Fall von Leistungsstörungen des AN bedarf es vor Ausspruch einer Kündigung einer vorherigen Aufforderung oder Abmahnung des AG, einer angemessenen Frist zur vertragsgerechten Leistung oder Nacherfüllung und einer nochmaligen Nachfristsetzung, die - vom AN ungenutzt - abgelaufen ist. Gleichzeitig muss der AG die Kündigung mit der Nachfrist für den Fall des Fristablaufs angedroht haben. §§ 636, 281, 323 BGB finden entsprechende Anwendung. Die Kündigung aus wichtigem Grund muss unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntwerden des wichtigen Grundes unter Mitteilung der konkreten Kündigungsgründe erklärt werden.

§ 6.3 Kündigungsfolgen

§ 6.3.1 Macht der AG von seinem freien Kündigungsrecht gemäß § 648 Satz 1 BGB Gebrauch oder kündigt er den Vertrag aus einem wichtigen Grund, den der AN nicht zu vertreten hat, erhält dieser das vereinbarte Honorar für die beauftragten Leistungen. Der AN muss jedoch dasjenige in Abzug bringen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 648 Sätze 2 und 3 BGB).

Sollte der AN einen Ersatzauftrag erhalten oder einen ihm angebotenen Ersatzauftrag zu Unrecht ablehnen, bringt der AN das dafür vereinbarte oder zu vereinbarende Ho-

norar bei der Ermittlung des Honorars für nicht erbrachte Leistungen zusätzlich in Abzug. Der AN ist verpflichtet, etwaige Ersatzeinkünfte wegen einer möglichen anderweitigen Verwendung seiner Arbeitskraft und die seiner Mitarbeiter und Angestellten offen zu legen.

Etwaige Schadensersatzansprüche des AN sind auf den Honoraranspruch anzurechnen.

- § 6.3.2 Wird der Vertrag durch Kündigung aus wichtigem Grunde beendet, so steht dem AN die vertragliche Vergütung nur für die tatsächlich vertragsgemäß erbrachten Leistungen zu. Der AN hat nur Anspruch auf Vergütung der bis zur Vertragsbeendigung erbrachten und nachgewiesenen Leistungen, soweit sie trotz ihrer Unvollständigkeit mangelfrei und unter zumutbaren Bedingungen verwertbar sind. Gegenansprüche des AGs, insbesondere aus entstandenen Mehrkosten aus Verzug, aus einer Neuplanung oder Ersatzvornahme bleiben unberührt.

§ 6.4 Form der Kündigung

Jede Kündigung dieses Vertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 6.5 Kooperationspflicht

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN seine Leistungsergebnisse in einer Weise zu ordnen, dass die Übernahme und Fortführung der Maßnahme oder des Projektes durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten ermöglicht wird, und sämtliche Unterlagen unverzüglich an den AG zu übergeben. Dies gilt unabhängig vom Bestehen vor Urheberrechten. Zurückbehaltungsrechte richten sich nach den Regelungen in § 3.5. Darüber hinaus werden die Parteien den vom AN erreichten Leistungsstand unverzüglich, spätestens jedoch am fünften Werktag nach Zugang der Kündigungserklärung, feststellen und dokumentieren.

§ 7 Kündigung durch den Auftragnehmer

- § 7.1 Der AN kann den Vertrag nur aus wichtigem Grunde kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn
- § 7.1.1 der AG mit einer unbestrittenen und rechtskräftig festgestellten Zahlung in Verzug gerät;
- § 7.1.2 dem AN ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann, weil insbes. nach Vertragsschluss Umstände eingetreten sind, die das Vertrauensverhältnis der Parteien erheblich gestört haben;
- § 7.2 Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn der AN dem AG ohne Erfolg schriftlich eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- § 7.3 Die Kooperationspflicht der Parteien (§ 6 Nr. 5) gilt für den Fall der Auftragnehmerkündigung entsprechend.

§ 8 Außervertragliche Haftung des Auftragnehmers

Haften die Vertragsparteien einander im Rahmen ihrer Vertragspflichten aus unerlaubter Handlung, so gelten für die Verschuldensvoraussetzungen die Maßstäbe des Vertrages.

§ 9 Vertragliche Schadensersatzpflicht der Parteien; Abtretung von Drittansprüchen

§ 9.1 Schadensersatzpflicht des Auftragnehmers

Erwächst dem AG aus einer vom AN zu vertretenden Pflichtverletzung ein Schaden, so hat der AN diesen Schaden nach den gesetzlichen Vorschriften zu ersetzen.

§ 9.2 Schadensersatzpflicht des Auftraggebers

Für die Schadensersatzpflicht des AGs gelten die gesetzlichen Regeln.

§ 9.3 Abtretung von Drittansprüchen

Beruht der Schaden auf einem Ereignis, für das neben dem Vertragspartner ein Dritter verantwortlich ist, kann der Vertragspartner vom Geschädigten verlangen, dass ihm dieser Zug um Zug gegen Ausgleich des Schadens seine entsprechenden Ansprüche gegen den Dritten abtritt. Gesetzliche Ausgleichsansprüche des Vertragspartners gegen den Dritten bleiben unberührt.

§ 9.4 Gegenseitige Unterstützung bei der Rechtsverfolgung

Die Parteien sind verpflichtet, einander alle zur Durchsetzung evtl. Rechte gegen Dritte erforderlichen Informationen zu geben und sich bei der Rechtsverfolgung zu unterstützen.

§ 10 Abnahme

§ 10.1 Grundlage

§ 10.1.1 Die Leistungen des AN sind vom AG abzunehmen, sobald sämtliche abgerufenen Leistungen mit Ausnahme der Leistungen der Leistungsphase 9 (Objektbetreuung) vollständig und vertragsgemäß erbracht sind. Dies gilt auch für den Fall der beschränkten oder stufenweisen Beauftragung, wenn und soweit die Ausübung der jeweils nächsten Option durch den AG vor Abnahme der jeweils bis dahin bereits beauftragten Leistungen erfolgt. Für den Fall, dass vom AN auch Leistungen der Leistungsphase 8 abgerufen worden sind, kann die (Teil-)Abnahme frühestens dann vom AN verlangt werden, sobald der Vertragsgegenstand mängelfrei erstellt und die Übergabe an den oder die Nutzer erfolgt ist, alle Leistungen anderer Unternehmer für das Bauvorhaben vollständig abgerechnet sind und der AN die vollständige Dokumentation geprüft und für mängelfrei und vollständig erklärt und an den AG übergeben hat.

§ 10.1.2 Die Leistungen des AN der Leistungsphase 9 (Objektbetreuung) sind abzunehmen, sobald sie vollständig und vertragsgemäß erbracht sind.

§ 10.1.3 Andere oder über das bauliche Ergebnis des Vertrages hinausgehende werkvertragliche Leistungen des ANs gelten gem. § 646 BGB mit ihrer Vollendung als abgenommen.

§ 10.2 Abnahmeerklärung

Die Abnahmewirkungen treten ein, wenn der AG dem AN erklärt hat, dass er die Leistungen des ANs als im Wesentlichen vertragsgemäß anerkennt.

§ 10.3 Schriftform

Die Abnahmeerklärung hat schriftlich zu erfolgen.

§ 10.4 Teilabnahme

Die Parteien können die Abnahme von Teilleistungen des ANs vereinbaren. Ohne eine solche Vereinbarung kann die Abnahme von Teilleistungen nur verlangt werden, wenn der Vertrag vorzeitig endet.

§ 10.5 Vorbehaltserklärung

Soweit sich der AG bei der Abnahme Rechte vorbehalten will, hat er dem AN dieses spätestens innerhalb *eines Monats nach Abnahme* bzw. nach Eintritt der Abnahmewirkungen schriftlich zu erklären.

§ 11 Nacherfüllung des Auftragnehmers, Minderung, Rücktritt

§ 11.1 Maßstab der Vertragserfüllung

§ 11.1.1 Der AN hat seine Leistung nach den vertraglichen Vereinbarungen zu erfüllen. Bei der Planung und Ausführung der Bauleistung hat der AN die anerkannten Regeln der Technik zu beachten; will er davon abweichen, hat er den AG rechtzeitig auf die darin liegenden Risiken hinzuweisen.

§ 11.1.2 Schuldet der AN eine Planungsleistung, muss sie als Grundlage der vertraglich vorgesehenen weiteren Projektbearbeitung geeignet sein und dem Projektziel entsprechen. Auf erkennbare Risiken, die diesen Erfolg in Frage stellen, hat der AN frühzeitig hinzuweisen.

§ 11.1.3 Besteht die Leistung des ANs in der Leitung der Ausführung einer Bauleistung („Bauleitung“), so ist es seine Aufgabe, die Bauleistung mängelfrei entstehen zu lassen. Ein Mangel der Leistung des ANs liegt insoweit vor, wenn das Bauwerk selbst nicht vertragsgemäß errichtet ist und dieser Mangel zugleich auf einer Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1, Satz 1, BGB) des ANs beruht. Ist das Bauwerk selbst vertragsgerecht entstanden, so kann ein Mangel der Architekten- /Ingenieurleistung gleichwohl vorliegen, wenn der AN unbedingt geschuldete Aufgaben nicht vollständig erbracht hat.

§ 11.2 Nacherfüllung, Minderung

§ 11.2.1 Hat der AN die geschuldete Leistung nicht vollständig oder mangelhaft erbracht, so hat ihm der AG, sofern nicht sein Interesse daran objektiv entfallen ist, Gelegenheit zu geben, die Leistungen vertragsgemäß zu vollenden. Das gilt insbesondere bei der Herstellung von Plänen oder sonstigen gegenständlichen Leistungsergebnissen des ANs.

§ 11.2.2 Weist das Bauwerk Mängel auf, die auf einem Planfehler oder auf einer Pflichtverletzung des ANs im Rahmen der Objektüberwachung beruhen, hat der AG dem AN Gelegenheit zu geben, seine Leistungen, soweit notwendig und noch möglich, im Zuge der Beseitigung der Bauwerksmängel vertragsgerecht nachzuholen. Die Pflicht des AGs entfällt, wenn hinsichtlich der Nachleistung die Voraussetzungen einer Vertragskündigung aus wichtigem Grunde vorliegen oder die weitere Mitwirkung des ANs dem AG aus anderen Gründen nicht mehr zugemutet werden kann, weil sie etwa objektiv für ihn ohne Interesse ist.

§ 11.2.3 Macht der AG aufgrund von Mängeln die Minderung der Vergütung geltend, darf eine aus gleichen tatsächlichen Gründen etwa berechnete Kürzung der Vergütung gem. § 326 BGB nicht hinzugerechnet werden.

§ 11.3 Im Übrigen gelten für Nacherfüllungsansprüche des AGs die Vorschriften der §§ 633 ff. BGB, soweit der AN ein Leistungsergebnis werkvertraglich zu erbringen hat.

§ 12 Verjährung von Ansprüchen aus Vertragsstörungen

§ 12.1 Die Ansprüche des AGs aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der förmlichen Abnahme des Werkes des ANs. Für Schadenersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen oder unerlaubter Handlungen gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.

§ 12.2 Zäsur nach Objektüberwachung

§ 12.2.1 Hat der AN neben der Objektüberwachung auch die sich anschließende Objektbetreuung übernommen, beginnt die Verjährung der Mängelansprüche gegen den AN hinsichtlich etwaiger Objektängel mit der Abnahme seiner Leistung nach Fertigstellung des gegenständlichen Bauwerkes.

§ 12.2.2 Der Verjährungszeitraum für Ansprüche aus Pflichtverletzungen im Rahmen der Objektbetreuung beginnt mit der Abnahme dieser Leistung.

§ 13 Auskunft, Vorlage- und Herausgabepflicht

§ 13.1 Grundsatz, Zurückbehaltungsrecht, Unterstützung bei Streitigkeiten

§ 13.1.1 Der AN hat dem AG auf dessen Anforderung ohne besondere Vergütung Auskunft über den Stand seiner Leistungen zu erteilen. Er hat dem AG bei Bedarf Kopien über den Schriftwechsel zwischen den am Bau Beteiligten zur Verfügung zu stellen. Ein Zurückbehaltungsrecht (§ 273 BGB) wegen fälliger Gegenforderungen steht dem AN nicht zu, es sei denn, der AG hat kein dringliches Interesse an der sofortigen Auskunftserteilung.

§ 13.1.2 Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf die Beratung des Bauherrn oder seiner Beauftragten im Falle streitiger Auseinandersetzungen mit den am Bau beteiligten AN über Planung und Bauausführung. Der AN hat ggf. die erforderlichen Beweisunterlagen zur Verfügung zu stellen. Der AN hat Anspruch auf *zusätzliche Vergütung*, der Beratungsleistungen, wenn sie wesentlich ins Gewicht fallen und sich nicht aus dem Vertrag etwas anderes ergibt. Ein Vergütungsanspruch besteht nicht, wenn der AN den Grund der Auseinandersetzung selbst zu vertreten hat. Ist im Vertrag nichts anderes vereinbart, so erfolgt die Vergütung aufgrund nachgewiesenen Zeitaufwands zu den vertraglich geregelten Stundensätzen.

§ 13.2 Aufbewahrungs- und Rückgabepflicht

§ 13.2.1 Der AN hat dem AG dessen Unterlagen zurückzugeben, wenn er sie zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht mehr benötigt.

§ 13.2.2 Der AN ist nicht verpflichtet, die bei ihm im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung entstandenen Unterlagen länger als 10 Jahre nach Bezahlung der Schlussrechnung aufzuheben. Wenn tunlich und möglich, soll der AN den AG vor der Vernichtung der Unterlagen benachrichtigen.

- § 13.2.3 Unterlagen, an denen dem AG Rechte zustehen (Eigentum; Persönlichkeitsrechte; sonstige Herausgabeansprüche) dürfen nicht vernichtet werden, solange sie dem AG nicht nachweislich zur Rücknahme angeboten worden sind und sich dieser im Annahmeverzug befindet. Sie sollen auch dann möglichst aufbewahrt werden.

§ 14 Abrechnung, Zahlungspflicht des Auftraggebers

§ 14.1 Abschlagsforderungen

- § 14.1.1 Der AG ist zur Zahlung von Abschlägen entsprechend dem vertraglich vereinbarten Zahlungsplan verpflichtet, wenn der AN die nach dem Plan vereinbarte Leistung vertragsgemäß erbracht hat und der AN die Abschlagszahlungen schriftlich anfordert.

- § 14.1.2 Die Fälligkeit von Abschlagszahlungen tritt 30 Tage nach Eingang einer Zahlungsaufforderung mit Abschlagsrechnung beim AG unter Einreichung von prüfbaren Nachweisen über den erreichten und nach Zahlungsplan geforderten Leistungsstand (z.B. durch Beifügung von Statusberichten) beim AG ein.

- § 14.1.3 Ist kein Zahlungsplan vereinbart, so gelten die gesetzlichen Vorschriften.

- § 14.1.4 Für den Fall einer Umsatzsteueränderung verpflichtet sich der AN auf Wunsch des AG wirtschaftlich abgrenzbare Teile der von ihm geschuldeten Leistungen abzurechnen und hierfür Rechnungen mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer zu erstellen.

§ 14.2 Schlusszahlungsanspruch

Der Anspruch auf Schlusszahlung des Honorars besteht, wenn die Leistung des Auftragnehmers abgenommen bzw. nach § 10 die Abnahmewirkungen eingetreten sind und der AN eine prüffähige Schlussrechnung unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer gelegt hat. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN nach vollständiger Erfüllung der jeweiligen Beauftragungsstufe Schlussrechnung entsprechend der vorgenannten Bedingungen legen, wenn keine nachfolgenden Beauftragungsstufen oder Leistungen hieraus beauftragt wurden. Der nach Schlussrechnung noch offene Betrag ist alsbald, spätestens 30 Tage nach Zugang der prüffähigen Schlussrechnung zu zahlen, soweit die Parteien keine andere Frist vereinbaren. Der AN ist verpflichtet, ihm nicht zustehende Beträge zu erstatten. Er kann sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

§ 14.3 Nachforderungen

Nachforderungen nach einer einmal erteilten Schlussrechnung sind ausgeschlossen, wenn der AG hiernach davon ausgehen durfte und sich darauf tatsächlich eingerichtet hat, dass der AN mit der (Teil-)Schlussrechnung eine endgültige Bewertung seiner Leistungen vorgenommen hat. Die Einschränkung gilt nicht, wenn dem AN erst nach Erteilung der Schlussrechnung Sachverhalte bekannt werden, die ein höheres Honorar rechtfertigen.

§ 14.4 Form der Rechnungen

Rechnungen und Rechnungsbelege sind nach ihrem Zweck als Abschlags- oder Schlussrechnung zu bezeichnen, auf den AG auszustellen und in 3-facher Fertigung bei der Bayerischen Versorgungskammer, Bereich Kapitalanlagen, einzureichen.

§ 15 Berufshaftpflicht des Auftragnehmers

- § 15.1 Der AN ist verpflichtet, eine für das übernommene Risiko ausreichende Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und auf die Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Bei mehreren AN muss entsprechender Versicherungsschutz für jeden AN bestehen. Soweit vertraglich nichts anderes vereinbart oder gesetzlich vorgeschrieben ist, müssen die Deckungssummen (2-fach maximiert) mindestens betragen:

für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden	pro Verstoß	Euro	3.000.000
	pro Verstoß	Euro	1.000.000

- § 15.2 Der AG kann vor Auszahlung fälliger Honorarforderungen verlangen, dass der AN das Bestehen einer Versicherungsdeckung für Berufshaftpflichtfälle nach den vorgenannten Konditionen und den zu den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein üblichen Berufshaftpflichtbedingungen nachweist. Solange der Nachweis nicht erbracht ist, ist der AG berechtigt, die Auszahlung fälliger Honorarforderungen zu verweigern.
- § 15.3 Weist der AN das Bestehen des vereinbarten Versicherungsschutzes nicht innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist nach, ist der AG zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 16 Urheberrecht

- § 16.1 Dem AN verbleibt ein etwaiges Urheberrecht an den von ihm angefertigten Unterlagen, Plänen, Zeichnungen und Skizzen.

- § 16.2 Der AN überträgt dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an allen von ihm für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen (verkörpert oder in elektronischer Form) sowie an den für das Bauvorhaben erbrachten Leistungen. Der AG darf die Unterlagen, die Leistungen des ANs für das Bauvorhaben und das ausgeführte Bauwerk ohne Mitwirkung des ANs nutzen und ändern. Der AG ist im Falle der Zerstörung des Bauwerkes zum Wiederaufbau nach den Planungen auch dann berechtigt, wenn der AN nicht mit weiteren Leistungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau beauftragt wird. Der AG ist zur vollständigen oder teilweisen Vernichtung des errichteten Bauwerkes berechtigt, z.B. durch (Teil-)Abriss. Dies gilt für das wieder aufgebaute Bauwerk entsprechend. Besteht ein Urheberpersönlichkeitsrecht, ist dieses zu wahren und der AN anzuhören, bevor das Bauwerk geändert wird.

Der AG ist berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des AN zu ändern, insbesondere zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen, wenn nach einer Interessenabwägung die Belange des Urhebers an seiner etwaigen urheberrechtlich geschützten Planung hinter den gleichfalls schutzwürdigen Interessen des AG zurücktreten und eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung i. S. v. § 14 UrhG durch diese Maßnahmen nicht zu besorgen ist.

Der AG ist berechtigt, diese Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte auf Dritte zu übertragen oder durch Dritte wahrnehmen zu lassen. Zur Übertragung von Leistungen für das Bauvorhaben an freie Mitarbeiter oder sonstige Dritte ist der AN nur berechtigt, soweit der AN dem AG die Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an diesen Leistungen verschafft.

- § 16.3 Der AN garantiert dem AG, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind und stellt den AG von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.

- § 16.4 Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Der AN bedarf zur Veröffentlichung der schriftlichen Zustimmung des AG.
- § 16.5 Mit der in diesem Vertrag vereinbarten Vergütung sind sämtliche Forderungen des AN, die sich aus der Übertragung von Nutzungsrechten ergeben, abgegolten.
- § 16.6 Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages bleibt der AG befugt, die Planungen bzw. das Bauwerk durch andere AN vollenden bzw. errichten zu lassen. Alle hierbei entstehenden Rechte stehen allein dem AG zu.
- § 17 Vollmacht des Auftragnehmers**
- § 17.1 Eine Vollmacht zur Vertretung des AGs ist dem AN schriftlich unter möglichst genauer Bezeichnung des Vollmachtsumfanges zu erteilen.
- § 17.2 Fehlt es an einer solchen ausdrücklichen Vollmacht, ist der AN nur berechtigt, den AG bei Erklärungen zu vertreten, die für die Wahrnehmung seines Auftrages zur Koordination und Betreuung der Bauleistung sachlich notwendig sind. Zu rechtsgeschäftlichen Verpflichtungen des AGs ist der AN nicht bevollmächtigt.
- § 17.3 Zur rechtsgeschäftlichen Abnahme von Bauleistungen ist der AN ohne besondere Vollmacht nicht berechtigt, er nimmt jedoch an der Feststellung von bautechnischen Zwischenergebnissen teil. Etwaige Ergebnisse des ANs bei Rechnungsprüfungen sind nur an den AG zu richten und nicht von einer Erklärungsvollmacht gegenüber Dritten gedeckt.
- § 18 Arbeitsgemeinschaften (ARGE)**
- § 18.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.
- § 18.2 Das federführende Mitglied ist berechtigt, die Arbeitsgemeinschaft im Namen und für Rechnung der Mitglieder im Vollmachtsrahmen zu vertreten. Beschränkungen seiner Geschäftsführungsbefugnis, die im Verhältnis der Arbeitsgemeinschaftsmitglieder zueinander festgelegt sind, schränken die Vollmacht gegenüber dem AG nicht ein.
- § 18.3 Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an das federführende Mitglied des Arbeitsgemeinschaftsmitglieds oder nach dessen schriftlicher Weisung an Dritte geleistet.
- § 18.4 Kündigt ein Mitglied seine Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft, so befreit diese Kündigung das Mitglied nicht von seiner Leistungspflicht gegenüber dem AG. Der aus der Arbeitsgemeinschaft Ausscheidende bleibt für diejenigen Vertragsfolgen gegenüber dem AG mitverantwortlich, die aufgrund des ARGE-Vertrages auch mit ihm begründet worden sind. Entsprechendes gilt für den Fall der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- § 19 Gerichtsstand**
- Gerichtsstand ist München, soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen.
- § 20 Rechtsgeltung, Erfüllungsort, Vertragsänderungen, Auslegungsregeln**

- § 20.1 Für den Vertrag gilt das deutsche Recht.
- § 20.2 Erfüllungsort für die Leistungen des ANs ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des AGs.
- § 20.3 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform nach § 126 BGB. Dieses Schriftformerfordernis kann seinerseits nur schriftlich abbedungen werden.
- § 20.4 Weist der Vertrag eine ungewollte Lücke auf oder wird er ergänzungsbedürftig, werden ihn die Parteien nach ihren gemeinsamen wirtschaftlichen Zielvorstellungen ausfüllen.
- § 20.5 Erweist sich eine Bestimmung dieses Vertrages als unwirksam, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem Sinn und Zweck der weggefallenen Bestimmung in zulässiger Weise am nächsten kommt.